

SVP INTERNATIONAL

Postfach 8252, CH-3001 Bern

Tel +41 31 300 58 58

Fax +41 31 300 58 59

Email: info@svp-international.ch

Internet: <http://www.svp-international.ch>



Newsletter SVP International

Ausgabe April 2010

Startschuss der SVP International für die Nationalratswahlen 2011

Am 27. März 2010 hat der Auslandschweizererrat (ASR) in Bern am Sitz des Weltpostvereins getagt. Ein zentrales Traktandum war die „Aufwertung des ASR“.

Damit verbunden möchte der Rat die bis jetzt funktionierende Art der Wahlen seiner Mitglieder abändern. Das bisherige Wahlverfahren über die Schweizervereine wird durch ein System der Direktwahl durch die Auslandschweizer abgelöst. Das ist an sich zu begrüßen. Gleichzeitig sollen jedoch **nicht mehr alle Auslandschweizer ihre Delegierten wählen dürfen, sondern nur noch jene Personen, die sich im Stimmregister in der Schweiz angemeldet haben.** Dies ist einmal mehr eine **Beschneidung der Demokratie**, denn gerade jene Auslandschweizer, welche ihre Meinung nicht an der Urne kundtun, sollten wenigstens durch ihre Delegierten im ASR vertreten sein. **Jeder Auslandschweizer muss das Recht haben, seinen Delegierten zu wählen, unabhängig davon, ob er sich politisch engagiert oder nicht.** Denn der ASR und die politischen Abstimmungen/Wahlen sind zwei grundverschiedene Themen.

Weiter möchte der ASR (und die Auslandschweizerorganisation ASO) seine Rolle stärken indem ihm das Recht auf Anhörung, das Recht auf Information und eine Expertenrolle mit Interessenvertretung vom Bund gewährt wird. Hierfür soll ein neues Bundesgesetz über die Auslandschweizer geschaffen werden. So wird die ASO als Partner des Staates positioniert, ohne ein staatliches Organ zu sein. Dabei

betont die ASO immer, keine politische Organisation zu sein. Das neue Gesetz ist demnach überflüssig, da die ASO bereits heute ihren Einfluss auf die Politik ausüben kann und bei wichtigen Entscheidungen die Auslandschweizer betreffend beigezogen wird. Aus diesem Grund werden wir unsere Parlamentarier auch anhalten, das überflüssige Gesetz abzulehnen.

Die SVP International ruft die Auslandschweizer auf, selber politisch aktiv zu werden. Hierfür treten wir bei den **Nationalratswahlen 2011 auch in vielen Kantonen mit eigenen Listen** an. Voraussichtlich werden wir eigene Listen mit SVP-Listenverbindungen in folgenden Kantonen einreichen: BL, BS, AG, SO, BE, GE, ZG, GR, SZ, SH, TI

Melden Sie sich bitte bei info@svp-international.ch wenn Sie sich für eine Kandidatur zur Verfügung stellen möchten, auch wenn Sie in einem anderen als den erwähnten Kantonen politisch angemeldet sind.

Um die Präsenz der Auslandschweizer auch innerhalb der SVP Schweiz zu erhöhen, werden wir **an der nächsten Delegiertenversammlung vom 1. Mai in Näfels mit einem eigenen Stand** vor Ort sein. Wir hoffen dabei auf ein zahlreiches Erscheinen Ihrerseits (Infos: info@svp-international.ch).

Rolf B. Schudel, Johannesburg (SA)
Präsident SVP International

180'000 CHF für den Aufbau der afghanischen Armee?!

Unsere traditionelle Neutralität verbietet es, dass sich die Schweiz in Kriegsgebieten engagiert. Kaum ein Konflikt ist zur Zeit so heikel wie der Krieg in Afghanistan. Aber ausgerechnet dort beteiligt sich die Schweiz am Truppen-Aufbau – ohne dass Bundesrat Maurer darüber informiert wurde.

Die Schweiz wird sich mit Fr. 180'000 am „Nato-Treuhandfonds für Afghanistan“ beteiligen. Dies wurde im Verteidigungsdepartement VBS und Aussendepartement EDA entschieden. Pikant: Selbst Bundesrat Ueli Maurer musste – als Chef des VBS – davon aus den Medien erfahren...

Dieser Treuhandfonds wurde 2007 geschaffen, damit sich (neben den USA) auch andere Länder (finanziell) engagieren können. Er bildet einen „Mechanismus, um den Aufbau der afghanischen Armee zu unterstützen“.

Die Schweiz war aus Nato-Kreisen gebeten worden, einen Beitrag für den „friedenserzwingenden Einsatz“ in Afghanistan zu leisten. Wenigstens wurde verwaltungsintern (VBS und EDA) sofort entschieden, dass eine Beteiligung mit Schweizer Soldaten nicht (mehr) in Frage komme; still und heimlich wurden aber Fr. 180'000 bewilligt. Sie werden aus den Geldern entnommen, die für die „Partnerschaft für den Frieden“ vorgesehen sind.

Bedenklich ist die Argumentation, die nun verwaltungsintern aufgetischt wird: „Die Neutralität ist von dieser Unterstützungsleistung nicht tangiert: Neutralitätsrechtlich wäre selbst eine Teilnahme mit Personal in der ISAF* unbedenklich, weil der Einsatz unter einem Mandat des Uno-Sicherheitsrates stattfindet und es sich nicht um einen zwischenstaatlichen bewaffneten Konflikt handelt.“

Diese Argumentation ist völlig haltlos. Damit könnte man sogar Schweizer Soldaten an die Kriegs-Front nach Afghanistan schicken...

In der „Fragestunde“ vom 8. März 2010 hat Bundesrätin Micheline Calmy-Rey gegenüber dem Nationalrat die Zahlung damit rechtfertigen wollen, das Geld sei für

Medikamente bezahlt worden. An der grundsätzlichen Problematik, dass die Schweiz in einen derart heiklen Fonds einbezahlt, ändert sich nichts. Es zeigt die Mentalität, sich überall international zu „engagieren“, ohne Rücksicht auf die traditionelle Schweizer Neutralität.

* Die ISAF (= „International Security Assistance Force“ = „Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe“) ist eine Mission unter NATO-Führung in Afghanistan. Sie wurde mit Genehmigung des UNO-Sicherheitsrats als „friedenserzwingender Einsatz“ bewilligt.

Luzi Stamm, Nationalrat (AG)
SVP International Vorstandsmitglied

Jetzt reicht's!

Es vergeht fast kein Tag, ohne dass aus Deutschland oder anderen EU-Ländern Attacken gegen den Finanzplatz Schweiz geritten werden. Dazu kommen Drohungen aus den USA, unseren Industrieunternehmen das Leben zu erschweren, wenn die Schweiz nicht kusche und Daten über Steuerflüchtlinge ausliefere. Und der bis September 2010 amtierende Vorsitzende der UNO-Vollversammlung rief Ende Februar 2010 sogar den "heiligen Krieg" gegen die Schweiz aus.

Und was tut die Schweiz? Unsere Regierung übt sich in Semantik und Wortklaubelei. So erinnern sich wohl noch viele an die Versprechen unseres Finanzministers Merz, der mehrmals unmissverständlich festhielt: "über das Bankgeheimnis wird nicht verhandelt". In der Tat, statt zu verhandeln wird nun "ein Dialog gepflegt". "Die doppelte Strafbarkeit bleibe Voraussetzung für Amtshilfe. Mit einer Annahme der Bilateralen II sei das Bankgeheimnis gegenüber der EU endlich auf Jahre hinaus gesichert". Dies wurde anlässlich der Volksabstimmung über das Schengen-Abkommen den Stimmbürgern hoch und heilig versprochen. In der Botschaft des Bundesrates zu den Bilateralen II wurde das Wort Bankgeheimnis nicht weniger als 41mal verwendet. Im Abkommen selbst fehlt dieser Begriff vollständig. Das Bankgeheimnis war nie Gegenstand des Vertrages. Viele Stimmbürger haben am 5.

Juni 2005 wohl im Vertrauen auf die vorgestellten falschen Tatsachen dem Schengener Abkommen zugestimmt. Die Voraussetzung einer doppelte Strafbarkeit im Hinblick auf grenzüberschreitende Amtshilfe wird für ausländische Privatkunden im Rahmen der neuen Doppelbesteuerungsabkommen aufgehoben. Auch die Auslieferung von Kundendaten an die US-Steuerbehörden durch die FINMA wirft rechtsstaatliche Fragen auf. Besonders verwerflich ist die Taktik der FINMA einzustufen, sämtliche Vorbereitungen zu treffen, um im Falle einer Anfrage aus den USA die Kundendaten ohne Verzug ausliefern zu können. Die ausländischen Kunden wurden wissentlich und absichtlich um ihre elementarsten Rechtsmittel wie die superprovisorische Verfügung gebracht. Das Bundesverwaltungsgericht hat zwar mit zwei Urteilen die Rechtmässigkeit dieser Auslieferungen verurteilt, aber die Urteile sind noch nicht rechtskräftig, weil sie ans Bundesgericht weitergezogen wurden.

Wer als ausländischer Privatkunde auf die Regierung und den Finanzplatz Schweiz vertraute, steht nun im Regen. Und nun glaubt der Bundesrat, seine Ankündigung, "keinen automatischen Informationsaustausch" zu gewähren, werde noch ernst genommen. Die Ende Februar 2010 angekündigte "Weissgeld-Strategie für den Finanzplatz Schweiz" bedeutet wohl, dass das Bankgeheimnis zuerst für ausländische Bankkunden und anschliessend für Schweizerinnen und Schweizer aufgehoben wird. Am Ende steht dann allenfalls der direkte Zugriff der eidgenössischen und kantonalen Behörden auf die Bankkonti der Bürgerinnen und Bürger. Georg Orwell hat sich mit seiner Horrorgeschichte "1984" bezüglich des totalitären Überwachungsstaats wohl nur im Datum geirrt.

Dass ausländischen Privatkunden von einer solchen Politik der Schweizer Regierung mehr als genug haben, lässt sich an den in der Schweiz deponierten Vermögenswerten ablesen. Noch im Jahre 2000 stellten sich die Wertschriftenbestände ausländischer Privatkunden bei Schweizer Banken in der Schweiz auf CHF 987 Mrd. Ende 2009 waren es noch CHF 681 Mrd., d.h. 31% weniger. Im Jahre 2000 machten diese Vermögen noch 27% aller deponierten Vermögenswerte aus, heute noch 15,6%.

Und gewissermassen als Entschädigung für all die Umtriebe der EU-Regierungen und ihrer Geheimdienste plant unsere Regierung nun einen weiteren Akt der Unterwürfigkeit gegenüber der EU. Hinter den politischen Kulissen wird bereits handfest über eine weitere Kohäsionsspende in Höhe von CHF 1.6 Mrd. an die EU diskutiert. "Man werde wohl kaum darum herkommen, für die Zeit nach Ablauf der bisherigen Kohäsionsmilliarde, wie Norwegen und Liechtenstein, weitere Gelder zu sprechen, die 18% höher angesetzt werden müssen als die bisherigen Beiträge". Wenn immer möglich sollen diese Gelder bis Sommer 2012 im Rahmen der Osthilfe, die bis 2016 läuft, gesprochen werden, damit man das Volk umgehen könne. Dabei müsse man noch Umgehungswege finden, falls die EU einen Teil dieser Kohäsionsgelder als Finanzhilfen für die angeschlagenen Euro-Länder Griechenland und Portugal verwenden möchte. Und leider könnten sich mit dem EU-Beitritt weiterer Länder neue Widerstände gegen den freien Personenverkehr und neue Kohäsionszahlungen im Volk formieren.

Hans Kaufmann, Nationalrat (ZH)
SVP International Vorstandsmitglied

Welche Zukunft hat unsere Armee ?

Zu Beginn seines Mandats ist ein Bundesrat noch nicht Zielscheibe der Kritik, aber nach rund sechs Monaten beginnt sie niederzuprasseln – das erlebt Bundesrat Maurer derzeit.

Heute wissen wir, dass sich eine rasche Reform aufdrängt – was aber nicht heissen soll, irgendetwas zu tun.

Es gehört offenbar zum guten Ton, sämtliche Projekte betreffend die Schweizer Armee „abzuknallen“. Niemand möchte leugnen, dass unsere Armee an Funktionsstörungen und Mängeln leidet. Zum Beispiel die Führung der ganzen Informatik! Es existieren mehr als 600 Programme, Unterprogramme und nachbessernde „Patches“, die kaum homogen und/oder miteinander kompatibel sind! Es handelt sich um ein Problem, das sich seit mehr als 12 Jahren intensiviert und angesichts der Fortschritte in der Technologie und

Informatik nur verschlimmern wird, wenn keine Revision des ganzen Systems erfolgt. (Bei den Armeen Deutschlands und Österreichs ist die Situation ähnlich!)

Seit vielen Jahren führen der Betrieb der Armee und der Unterhalt des Militärmaterials (Munitionsreserven, Ersatzteile usw.) zu Problemen, die ohne Verzug behoben werden müssen.

Bei der Auflistung der Funktionsprobleme der Armee stellte Bundesrat Ueli Maurer fest, dass wegen mangelnder Ausrüstung nur 5 von 20 Bataillonen rasch aufgebildet werden könnten. Das ist besorgniserregend!

Andererseits ist die Rolle unserer Luftwaffe für die Sicherheit des Luftraums in Friedenszeiten vorrangig. (Zum Beispiel die permanente Kontrolle des Luftraums, wichtige Grossveranstaltungen, Wirtschaftsforum Davos, Euro 2008 oder Not-situationen). Sie ist auch das wichtigste Mittel zur Wahrung der Neutralität. Die Erhaltung und die Erneuerung unserer Luftflotte hat Priorität. Unsere 54 „Tiger“-Maschinen sind überholt, sie können nachts oder bei starkem Regen nicht mehr eingesetzt werden. Der Kauf von französischen „Rafales“ oder „Gripens“ würde mehr als 2 Milliarden kosten. Demgegenüber hätten die Kompensationsaufträge wirtschaftliche Auswirkungen zu Gunsten unserer Industrieunternehmen in der Höhe von über 4 Milliarden Franken. Könnten wir unsere Luftwaffe mit ihren 32 F/A-18-Kampfflugzeugen allenfalls mit Maschinen des gleichen Typs ergänzen, liessen sich zusätzliche Ausbildungskosten vermeiden.

Das erste Ziel unserer Armee besteht darin, unsere Bevölkerung in Friedenszeiten zu schützen, und die Erhaltung des Friedens hat ihren Preis. Die Armeekosten lassen sich nicht weiter reduzieren. Lassen wir die Basterei sein und arbeiten wir kohärent. Die Armee funktioniert weiterhin, aber finanziell durchlebt sie dramatische Zeiten. Auf der andern Seite ist der Erhalt unserer Wiederholungskurse unabdingbar. Unsere Bodentruppen müssen in der Lage sein, bei Grossanlässen mit dem Aufmarsch von Kundgebungsteilnehmern oder Flüchtlingswellen, wie sie unsere Nachbarländer erleben, zu handeln.

Es ist nötig, sich auf alle möglichen Szenarien vorzubereiten: Sicherheit bei

Grossanlässen, Angriffe auf Informatiksysteme, bakteriologische oder chemische Gefahren, zivile Störungen Tumulte, Attentate oder Luftangriffe.

Das realitätsfremde Denken der Linken, die ständig wiederholt, dass es in der Schweiz kein Risiko für Störanfälle gibt, dass es keine Armee braucht, stellt für die Zukunft unseres Landes eine Gefahr dar.

André Reymond, Nationalrat (GE)
SVP International Vorstandsmitglied

Eine unerwartete Überraschung

In der Schweizer Presse wurde am 03.03.2010 das neue Tenue der Schweizer Fussball-Nationalmannschaft unter dem Titel „Neues Trikot wieder mit Schweizer Kreuz“, welches auf den bisherigen Leibchen fehlte, vorgestellt. Der SFV-Zentralpräsident Herr Peter Gillieron erklärte bei der Präsentation des neuen Tenues, dass er an einem Anlass der Auslandschweizer wegen des Fehlens des Kreuzes vehement angegangen worden sei.

Er war 2008 am Auslandschweizer-Kongress in Fribourg, damals noch als Generalsekretär des SFV, an einem Podiumsgespräch beteiligt. Thema: „Schweiz ohne Grenzen - Chancen und Risiken“. Die Auslandschweizer erhielten die Möglichkeit, an die Gesprächsteilnehmer Fragen zu stellen. Diese Gelegenheit benutzte ich, um Herrn Gillieron meinen Unmut über das Fehlen des Schweizer Kreuzes auf den Leibchen der Fussball-Nationalmannschaft mitzuteilen. Für mich war dies wie eine Verleugnung. Ja, ich fragte: Schämen wir uns, zu zeigen woher wir kommen? An der Europameisterschaft war keine einzige Nation ohne Landesemblem auf dem Trikot ausser der Schweiz.

Nun es geschehen noch Wunder. Meine Kritik hat offenbar Wirkung hinterlassen.

Das neue Tenue mit dem Schweizer Kreuz erfüllt mich mit grosser Freude. In Interviews mit Spielern, ganz besonders mit den Jungen, konnte man den Stolz und die Freude spüren, das Schweizer Kreuz auf der Brust tragen zu können.

Mein Dank gilt ganz besonders Herrn Peter Gillieron, dass er meine sehr kritischen Worte nicht einfach unter den Tisch wischte.

Noch etwas zum Spiel. Der Einsatz der jungen Spieler gegen Uruguay liess klar und deutlich erkennen, dass Othmar Hitzfeld auf dem richtigen Weg ist. Bravo!!

Edgar Studer, Finchampstead, England
SVP International Vorstandsmitglied

Rechte und Pflichten als Stimmbürger

An dieser Stelle will ich aufzeigen wie Obrigkeitstgäubige und innerlich heimatlose Stimmbürger im Vorfeld von Volksbefragungen verantwortungslos als Manipuliermasse benutzt werden.

Das weltweit einmalige „Schweizer Vorbild“ der direkten Demokratie ermöglicht die aktive Mitbestimmung aller Bürger. Bundesrat, Parlament und Behörden müssen das Recht auf freie Meinungs- und Willensbildung respektieren. Die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft 2. Kapitel „Bürgerrecht und politische Rechte“ besagt: der Bürger hat Rechte und Pflichten. Hierzu gehört jedoch beim Ausüben der politischen Rechte vor allem auch die Pflicht, dass sich der Bürger vertieft mit den Vorlagen befasst. Laut Bundesverfassung hat der Stimmberechtigte also den verbindlichen Auftrag, die ihm vorgelegten Anträge/Beschlüsse im Detail zu prüfen und hierüber zu befinden – ohne Beeinflussung von aussen. Indes, jeweils im Abstimmungsverfahren wird im Bundeshaus die grösste PR-Agentur der Schweiz hochgefahren damit die Beeinflussungs-Maschinerie wirksam im Sinne von Bundesbern die öffentliche Meinung bestimmen kann. Die Informationsdienste und Kommunikationsabteilungen des Bundes sind in den letzten Jahren massiv ausgebaut worden. Annähernd 700 Fachspezialisten für Kommunikation sind beim Bund angestellt. Hierbei handelt es sich um Informationsbeauftragte, Pressesprecher, Kommunikationsberater, Redaktoren, Webmaster, PR-Spezialisten usw., die angeblich zugunsten einer „Öffentlichkeitsarbeit“ tätig sind. Wohlgermerkt

ist diese bundeseigene Kommunikationsgeschäftsstelle mit 10 Millionen Steuerfranken Jahresaufwand budgetiert. Es ist verwerflich wenn bei komplizierten Sachgeschäften die vielfache Unbeholfenheit des Souveräns sträflich ausgenutzt wird. Im Vorfeld der Personenfreizügigkeit wie auch bei der Minarett-Initiative wurden die Bürger mit einer ungeahnten Flut von Falschinformationen, Behauptungen und bewusst falschen Aussagen nachhaltig beeinflusst und geködert. Bundesrat, Parlament, sämtliche Parteien, Ausnahme die SVP, versuchten mit fiesen demokratiefeindlichen Tricks die Weiterführung der Personenfreizügigkeit, wie auch die Verwerfung der Minarett-Initiative zu erzwingen.

Als unvergleichlichen Modellfall möchte ich die Volksabstimmung vom 8. Februar 2009, die Personenfreizügigkeit mit den EU-25 und Ausdehnung (Paket-Vorlage) auf Rumänien und Bulgarien aufzeigen welche mit 59,6 Prozent angenommen wurde. Im Vorfeld der Abstimmung versicherte Bundesrätin Widmer-Schlumpf mit heimtückischer Gelassenheit, die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt werde man mit grosser Wachsamkeit beobachten, und beruhigte die Stimmbürger; „es stehen verschiedene Sicherungs-Instrumente zur Verfügung, – z.B. die Ventilklausel, mit der die Schweiz die Zuwanderung wirksam einschränken könne“. Lauthals verkündeten die drei Exekutiv-Damen aus dem Bundeshaus, „wenn wir sehen, dass sie unserem Land schaden sind die Verträge jederzeit kündbar. Auch in schwachen Konjunkturphasen sei nicht mit einem übermässigen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Einerseits werden wenige Personen zuwandern. Andererseits wenn sie die Stelle verlieren, sind sie eher bereit, die Schweiz für einen neuen Arbeitsplatz wieder zu verlassen“. Bundesrat und Parlament haben sich in Bezug der folgenschweren Auswirkungen auf die Schweiz durch die Personenfreizügigkeit nicht nur verschätzt, sondern knallhart das Volk belogen. Die Zuwanderung aus der EU hält unvermindert an, die Arbeitslosigkeit steigt und steigt. Elf Monate nach dem Ja am 8. Februar 2009, das durch die politische „Elite“ als positives Signal für eine Zukunft mit der EU wacker gefeiert wurde, ist nun die Euphorie verflogen. Die Versprechen können nicht gehalten werden.

Stattdessen herrscht Ernüchterung und Ratlosigkeit. Die Personenfreizügigkeit neu aushandeln ist nicht so einfach wie der Bundesrat vortäuschte weil sie juristisch mit anderen Verträgen der Bilateralen I als Paketlösung verknüpft ist welche die Schweiz mit der EU geschlossen hat (Artikel 25 Absatz 4; die sogenannte «Guillotine-Klausel»). Automatisch würden sechs Abkommen hinfällig: – z. B. diejenigen über technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, Landwirtschaft, Land- und Luftverkehr oder über die wissenschaftliche Zusammenarbeit. Das würde die Rahmenbedingungen des Standortes Schweiz empfindlich verschlechtern. Überdies, bei einer Revision wird in der EU Einstimmigkeit verlangt. Jedes der 27 EU-Mitglieder hätte einzeln zuzustimmen – was sich nur negativ für die Durchsetzung der Schweizer Interessen auswirken würde. Personenfreizügigkeit die enttäuschte Wirklichkeit!

Viktor Nell, L'Ampolla (Spanien)
SVP International Mitglied

Chaos...

Tagtäglich lese ich die Presse meines Landes und ich stelle fest, dass sich der Zustand im Bundesrat nicht verbessert. Tagtäglich bleibt es beim Chaos in unserem Land, denn die Verantwortlichen sind unfähig, dieses zu führen. Unsere „Freunde“ - Frankreich, die Vereinigten Staaten, Deutschland, Italien mischen sich in unsere Angelegenheiten ein.

Schamlos plündern sie unsere Banken mit dem „grosszügig entschädigten“ Komplizentum einiger Angestellter, die zu allem bereit sind, um leichtes Geld zu verdienen! Was wird aus unserem „souveränen Staat“ auf diesen düsteren verschlungenen Pfaden? Nichts! Er reagiert nicht! Ein paar Worte des Protests, kleine verbale Drohungen gegen die bilateralen Abkommen, das ist alles!

Unsere Aussenministerin Calmy-Rey, zuständig für die Diplomatie, hat sich nach Spanien begeben, um zu versuchen, unsere „Geiseln“ von ihrem traurigen Los zu erlösen, und dies in einem eigenartigen Klima, denn gleichzeitig macht ihr französischer Amtskollege Kouchner beleidigen-

de Bemerkungen über unser Land! Ich kann Ihnen versichern, nicht zum ersten Mal. Das ist seine Art, ähnlich äusserte er sich auch bei anderen Gelegenheiten.

In der Presse, die wir nicht lesen, bringt Frau Calmy-Rey den Beitritt unseres schönen Landes zur Europäischen Union wieder aufs Tapet; sie sagt, wenn wir in diesem phantastischen Gebilde EU Mitglied wären, würden wir bei unseren Demarchen unterstützt, das will heissen, wenn wir Schweizervolk keine Hilfe von der EU bekommen, ist das die Folge davon, dass die Schweizer sich weigern, der wunderbaren und grosszügigen EU beizutreten.

Wenn ich mich richtig erinnere, hat niemand die Hilfe unserer Diplomatie zurückgewiesen, als unser Land zum Beispiel in Kolumbien bei der Geiselnahme der Farc oder bei andern Gelegenheiten vermittelte. Wir haben es ganz einfach deshalb getan, weil unsere Neutralität und Unabhängigkeit von der ganzen Welt anerkannt werden. Sollte man dies heute in Frage stellen? Meine Antwort lautet: NEIN.

Pierre Vogel, Rosny sur Seine (F)
SVP International Mitglied

Termine:

Die Delegiertenversammlungen der SVP Schweiz 2010 werden an folgenden Daten stattfinden:

1. Mai 2010 in Näfels (GL)
26. Juni 2010 im Kanton Jura
28. August 2010 im Kanton Zug

Als Mitglied der SVP International sind Sie natürlich immer eingeladen, als Gast oder bei freien Delegiertenkarten auch als Delegierter an einer DV der SVP Schweiz teilzunehmen. Falls Sie Interesse an einer Teilnahme haben, können Sie sich gerne bei uns melden.

Auslandschweizerkongress:

20. - 22. August 2010 in St. Gallen

GV der SVP International:

20. August 2010 um 20:00 Uhr in SG